



Hat die Bezahlung in unserem Land eine Schräglage?

Von Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender

Viele von uns haben sich die Augen gerieben und die Ohren gespitzt, als über die Medien mitgeteilt wurde, was z. B. der Daimler-Chef verdient.

„Laut Handelsblatt waren es 2010 insgesamt 8,8 Millionen zuzüglich 700 000 Euro Pensionszusagen, was unter dem Strich 9,5 Millionen Euro ergibt.“

Zum Zeitpunkt, als dieser Artikel entstanden ist, standen die Tarifverhandlungen gerade vor dem dritten Verhandlungstag. Es ging um 50 Euro Sockelbetrag und darauf dann 3 Prozent. Ausgangspunkt sind Vergütungen im Tarifbereich von ca. 1300 Euro (EG 6, 33 Jahre).

Es soll keine Neiddiskussion angestachelt werden, doch wer weiß, was z. B. die Bundeskanzlerin an Gehalt bekommt (ca. 250 000 Euro im Jahr), darf dann doch feststellen, dass in unserem Land etwas nicht mehr stimmt!

Ist dieser Unterschied gerechtfertigt? Ist dies eigentlich noch anständig? Diese Frage muss sich jeder selbst beantworten, doch im Vergleich zu dem, was unsere Tarifbeschäftigten bei der Polizei des Landes Baden-Württemberg im Durchschnitt ausbezahlt bekommen, ist dies alles andere als anständig.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer gab es mit dem Nichtvollzugskonzept, doch hier waren die Erwartungen der Beschäftigten nicht mit dem tatsächlichen Willen derer, die zustimmen mussten, in Einklang zu bringen. Es wurde sogar eine rechtlich und gerichtlich festgestellte Pflicht zur Höhergruppierung aus dem Topf „Nichtvollzugskonzept“ genommen, obwohl dies ursprünglich anders gedacht war. Wenn wir dann noch die zunehmende Anzahl von Zeitverträgen anschauen und wie sie entlohnt werden, so kommt man abermals zu der Aussage: Das ist unanständig.

Doch wir Beamte sind ja fein raus. Wir bekommen, frei nach Gutsherrenart und Großwetterlage, unsere Gehalts- und Pensionserhöhung. Gut 2011 hat das super geklappt. Es waren Landtagswahlen, die Regierenden standen mächtig unter Druck und haben, damit es klappt, schon im Januar ei-



ne Gehaltserhöhung für den April in Aussicht gestellt und dies am 1. 3. 2011 im Landtag auch so beschlossen. Einen Antrag, dass ein eventuelles Mehr aus den Tarifverhandlung dann draufgeschlagen wird, wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

Dann kamen die Tarifverhandlungen doch schneller, als der Ministerpräsident geglaubt hat, zu einem Ergebnis, welches über der gesetzlich beschlossenen Gehalts- und Pensionserhöhung lag – und sofort wurde verkündet – sicher ist sicher – dass das Tarifergebnis auch für die Landesbeamtinnen und -beamten übernommen wird. Dass dies aber erst der neue, noch zu wählende Landtag beschließen kann, wurde nicht gesagt.

Was ist aber 2012, 2013, 2014 oder 2015? Wie läuft es dann ab. Keine Landtagswahlen und abgekoppelt von den Tarifverhandlungen? Wer erstreitet dann unsere Gehaltserhöhungen? Oder gibt es tatsächlich jemanden der die Meinung vertritt, dass es in den nächsten Jahren keine Preissteigerungsrate gibt, Versicherungsbeiträge etc. nicht steigen und wir deshalb einige Jahre auf Gehaltszuwächse verzichten können. Für den ersten Teil meiner Feststellung wird sich bestimmt niemand finden, für den zweiten Teil gibt es aber bestimmt einige, die diese These vertreten. Klar, die Polizei ist nicht der Nabel der Welt und es gibt vielleicht

Menschen, die noch weniger verdienen, doch gerecht ist das nicht.

Nicht nur Polizistinnen und Polizisten leisten einen enormen Beitrag zum Erhalt der Inneren Sicherheit, sondern alle Polizeibeschäftigten, egal ob Beamte oder Tarifbeschäftigte, egal ob im Vollzug oder in der Verwaltung.

Was „Innere Sicherheit“ wert ist, spürt man immer erst dann, wenn es sie dann nicht mehr gibt oder sie aus welchen Gründen auch immer ins Wanken geraten ist.

Deshalb muss es uns gelingen, die gesamte Polizei in einer Art Parallelverschiebung nach vorne oder besser ausgedrückt in den Verdiensttabellen nach oben zu drücken.

Es ist uns – und hier gibt es wieder viele Väter des Erfolges – gelungen, die ersten Schritte in die richtige Richtung zu machen. Nun müssen es auch die spüren können, die bisher nicht davon profitiert haben. Da reicht aber nicht nur Vertrösten oder Lob und Anerkennung, sondern es sollte schon Bares auf dem Konto sein! Die Zeit der Versprechungen ist vorbei, nun kann man sich an Konzepte machen, wie die bisher Vergessenen einbezogen werden können. Was macht man für die Verwaltungsbeamten in der Polizei, was für die Tarifbeschäftigten und was für die Polizistinnen und Polizisten, die wegen fehlender Stellen nicht A 9 plus Z bekommen haben?

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch, nun könnten wir uns über einen Zeitplan unterhalten. Wir sind dazu bereit, wissen aber, dass dies nicht einfach wird.

Wir wollen keine Utopien verwirklichen, wir wollen Perspektiven, für die es sich lohnt zu arbeiten. Wir wünschen uns, dass sich die verantwortlichen Politiker mit dem gleichen Engagement für eine durchgängige Besserbewertung des Polizei – vorrangig in den zuvor genannten Bereichen – einsetzen, wie jeder Einzelne dafür gekämpft hat, dass er oder sie wieder oder neu in den Landtag eingezogen ist.

Nur so kann es gelingen, die Schräglage zu beheben. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Euer

Rüdiger Seidenspinner



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der GdP-Phone-2.0-Nummer – NEU 0 15 25-6 13 26 65 NEU –.

Der Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2011 des Landesjournal Baden-Württemberg ist Freitag, der 1. April 2011, und für die Juni-Ausgabe 2011 Freitag, der 6. Mai 2011.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. **WKi**

Konferenzen der Seniorengruppe, JUNGEN GRUPPE und Frauengruppe

Am 17. Februar 2011 fanden in Stuttgart-Vaihingen im Commundo Hotel die Personengruppenkonferenzen der Gewerkschaft der Polizei statt. Die Personengruppen der GdP sind die Frauengruppe, die JUNGE GRUPPE und die Seniorengruppe.

Ausgerichtet an den jeweiligen Bedürfnissen hatte jede Personengruppe ihr eigenes Motto für ihre Konferenz gewählt. Die Frauengruppe

„Chancengleichheit ... Was sonst“

Die JUNGE GRUPPE beschäftigte sich mit dem Thema

„Gefahren sozialer Netzwerke!“,

einem Problem, das sich nicht nur jungen Menschen stellt. Die GdP-Senioren hatten das Motto

„GdP-Senioren ... mitten im Leben“

gewählt.

In den Konferenzen wurden neben Diskussionen und Vorträgen zu den Hauptthemen die Vorstände neu gewählt und Anträge zum Landesdelegiertentag 2011 beraten und darüber entschieden.

Bei der gemeinsamen Auftaktveranstaltung konnte unser Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner neben fast 200 Delegierten, Gastdelegierten und Gästen die eingeladenen Vertreter (fast) aller großen politischen Parteien begrüßen.

Eingeladen waren die Parteivorsitzenden von CDU, FDP, Grüne und SPD.

Ebenfalls begrüßen konnte unser Landesvorsitzender die stellvertretende DGB-Landesbezirksvorsitzende Marion von Wartenberg als Vertreterin des Innenministeriums, den Inspekteur der Polizei, Dieter Schneider, und von unserem Vertragspartner Signal/Iduna, Manfred Eichert.

Die Vertreter der Politik, allen voran der Parteivorsitzende der SPD und Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2011, Dr. Nils Schmid, die Parteivorsitzende der



Aufmerksame Zuhörer, der Inspekteur der Polizei, Dieter Schneider, der Landesvorsitzende der SPD, Dr. Nils Schmid, und die Landesvorsitzende der Grünen, Silke Krebs (v. l. n. r.)

Grünen, Silke Krebs, und die Abgeordnete und finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Heiderose Berroth in Vertretung der Parteivorsitzenden Birgit Homburger, konnten in einem Grußwort ihre politischen Absichten kurz darstellen. Lediglich eine/n Vertreter/-in der CDU suchte man, trotz ausdrücklicher Einladung an den Parteivorsitzenden Stefan Mappus, vergeblich.

Alle drei würdigten die Leistungen der Polizei in Baden-Württemberg insgesamt und im Jahr 2010 im Besonderen. Sie bedankten sich für dieses Engagement, für die Arbeit der GdP im Besonderen und lobten dann vor allem die bei den einzelnen Konferenzen gewählten Themen, von denen sie sich wichtige Impulse erhofften.

Sowohl Dr. Nils Schmid als auch Silke Krebs gingen auf die personellen und strukturellen Probleme der Polizei des Landes ein und stellten Abhilfe und Verbesserungen in Aussicht. Dr. Nils Schmid: „Wer immer mehr fordert und immer länger arbeiten lassen will, muss auch die entsprechenden Rahmenbedingungen im Bereich Arbeitszeit und Gesundheitsvorsorge schaffen.“

Die Vertreterin der Regierungsparteien, Frau Heiderose Berroth, hob die Leistungen der Regierungsparteien für die Po-

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 25) 6 13 26 65
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN

lizei hervor. Vor allem wies sie darauf hin, dass man „Bildung“ und „Innere Sicherheit“ bei den Einsparungen immer ausgenommen habe – es sei denn, es war aus haushaltstechnischen Gründen unumgänglich.

Unser Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner nahm natürlich besonders diese Vorlage auf. „Die Polizei steht mit dem Rücken zur Wand, an manchen Stellen sogar dahinter,“ so Rüdiger Seidenspinner: „Es wird Zeit, dass die politisch Verantwortlichen endlich erkennen, dass es nicht nur um Streichung von Vollzugsstellen in der Polizei geht. Mit der unseligen Streichung von über 1000 Stellen im Nichtvollzugsbereich wurde dem Motor Polizei quasi das Öl abgelassen und nur weil Polizistinnen und Polizisten, die ja ‚Eh da‘ sind, in diese Bereichen ‚missbräuchlich‘ eingesetzt werden, bleibt der ‚Motor Polizei‘ am Laufen.“ „Fakt ist“, so unser Landesvorsitzender weiter, „dass unter der Personalmisere die polizeiliche Präsenz leidet – und das nicht nur im ländlichen Raum“.

Nach der Auftaktveranstaltung ging es in den jeweiligen Konferenzen teilweise richtig zur Sache. Fachvorträge zu den einzelnen Themenbereichen wurden heiß diskutiert, Vorschläge erarbeitet und schließlich Anträge beraten, diskutiert und zuletzt darüber abgestimmt.

Rüdiger Seidenspinner hob in seinem Statement die Bedeutung dieser Personenkonzentrationen, insbesondere aus dem Blickwinkel der Basisdemokratie, deutlich hervor:

„Die Antragsberatung stellt einen bedeutenden Beitrag zur gewerkschaftlichen Arbeit der GdP in Baden-Württemberg in den nächsten fünf Jahren dar“, so unser Landesvorsitzender, „denn die bei den Personengruppenkonferenzen ange-

nommenen Anträge werden ihren Weg zu unserem Landesdelegiertentag Anfang November in Sindelfingen finden und dort, wenn sie eine Mehrheit erhalten, wegweisend für die GdP sein“.

Über die Seniorenkonferenz wird in nachfolgendem Artikel berichtet.

Frauengruppe

Die Delegierten der Frauengruppe wählten Nicole Minge von der PD Konstanz zu ihrer neuen Vorsitzenden, Stellvertreterinnen wurden die bisherige Vorsitzende Dagmar Hölzl, Rita Henn von der PD Ludwigsburg wurde wiedergewählt. Beisitzerinnen wurden Anette Pfeiffer vom Bereitschaftspolizeipräsidium, Annette Geiger von der PD Ludwigsburg, Karen Rath vom Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Stuttgart, und Sabine Bernauer von der LPD Freiburg.

JUNGE GRUPPE

Bei der JUNGEN GRUPPE löste Melanie Nehls die bisherige Landesjugendvorsitzende Karen Seiter ab, die aus Altersgründen nicht mehr kandidieren konnte. StellvertreterInnen von Melanie Nehls wurden Juliette Gaedicke von der BPD Bruchsal, Robert Männer von der BPD Biberach und Tobias Prokein von der PD Esslingen. Sven Barann von der BPD Böblingen ist neuer Kassier, Eric Zschirpe von der PD Ludwigsburg sein Stellvertreter, Schriftführerin wurde Verena Keppler von der



Der neu gewählte Landesfrauenvorstand v. l.: Anette Geiger (Beisitzerin), Dagmar Hölzl (stv. Vorsitzende), Rita Henn (stv. Vorsitzende), Renate Pfeiffer (Beisitzerin) und Sabine Bernauer (Beisitzerin). Nicht auf dem Foto: Nicole Minge (Vorsitzende) und Karen Rath (Beisitzerin).



Der neu gewählte Landesjugendvorstand v. l.: Sven Barann (Kassier), Melanie Nehls (Vorsitzende), Tobias Prokein (stv. Vorsitzender), Juliette Gaedicke (stv. Vorsitzende), Eric Zschirpe (stv. Kassier), Verena Keppler (Schriftführerin). Nicht auf dem Foto: Roland Männer (stv. Vorsitzender) und Roland Endörfer (stv. Schriftführer). Fotos: TM (GdP BW)

BPD Biberach, Stellvertreter Roland Endörfer von der BPD Böblingen.

WKi/LAd

Anzeige



Kennen Sie unsere neuartige Entwicklung des PolizeiLöschers Typ P 3,5 ?

Mit diesem speziell für die Polizei entwickelten Systems lassen sich auch bengalische Fackeln und Rauchkörper einfach und effizient löschen!
Zum Produkt: Pyrotechnische Stoffe stellen in Stadien, Demonstrationen und Musikkonzerten – trotz Verbote – immer öfter eine Gefahr dar. Diese bis dato als nicht löschar eingestuft pyrotechnischen Stoffe sind ab heute kein Problem mehr!

Der Einsatzlöschers P 3,5 der Firma CW FIRE-SUPPORT GmbH ist ein handlicher Löscher, der speziell auf die Bedürfnisse der Polizei (Ablöschen von brennenden Personen und pyrotechnischen Stoffe) ausgerichtet ist.

Es handelt sich bei diesem Sonderlöschers um einen Wasserlöscher mit Löschmittelzusatz FireAde 2000. Der P 3,5 ist für die Brandklassen A, B und Pyrotechnik zugelassen. Durch seine kompakte Bauweise ist der Löscher sehr handlich, handhabungssicher und leicht (8,8 kg) bei einem Löschmittelvorrat von 3,5 Litern.

Die Einsatzzeit des Löschers beträgt 14 Sekunden. Dies reicht bereits aus, um eine Person und ca. 5-7 pyrotechnische Gegenstände oder 1 Molotow-Cocktails zusätzlich zu löschen.

Die Konstruktion des Löschers ist auf das schnelle Ablöschen der vorgenannten Szenarien ausgelegt, sowie auf die Schnelle Befüllbarkeit im Einsatz bei geringen Kosten.

Der Befüllvorgang ist im Einsatz jederzeit sicher in ca. 120 Sekunden von eingewiesenen PVB ohne Werkzeug durchzuführen. Die einfache Handhabung und sichere Konzeption des Löschers kommen den Einsatzkräften entgegen.

Befüllt wird der Löscher mit Druckluft. Der Betriebsdruck liegt bei ca. 20 bar. Der Löscher ist im Temperaturbereich von + 60 bis – 20 Grad einsatzfähig! Der Edelstahl Druckbehälter ist gegen Korrosion geschützt.

Ein Verdrehschutz an der Löschpistole verhindert ein Knicken des Druckschlauches; die Durchtrennung des Druckschlauches entfällt.

Eine schwer entflammable Rückentragereinheit trägt der unterschiedlichen Anatomie der PVB Rechnung!

Um die Wirkungsweise des zuvorgenannten Produktes kennenzulernen, lädt Sie CW FIRE-SUPPORT GmbH zu einem Besuch an Stand A 310 auf der Ipomex 2011 herzlich ein.

CW FIRE-SUPPORT GmbH, Sprudellallee 14, D- 63628 Bad Soden-Salmünster
 Telefon: +49(0)6056/20 93 13, Telefax: +49(0)6056/20 93 12, Mobil: +49(0)151/23 503 332



GdP-Senioren – Mitten im Leben

Hochinteressante Vorträge, Wahl eines neuen Landesseniorenvorstands und wichtige seniorenpolitische Beschlüsse waren das Ergebnis einer sehr harmonisch verlaufenen Konferenz der Senioren delegierten der Kreisgruppen des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg, die sich unter dem Motto: „GdP-Senioren ... mitten im Leben“ getroffen hatten.

Der amtierende Landesseniorenvorsitzende H. Werner Fischer stellte den Anfang seines umfangreichen Geschäftsberichts unter ein provokantes Zitat des römischen Politikers und Gelehrten Cicero (106–43 v. Chr.): „Die Staaten werden stets von jungen Leuten ruiniert; gerettet und wieder aufgebaut aber von den Alten!“ Zum Ausdruck bringen wollte er damit, dass die Berufs- und Lebenserfahrung der Senioren generation heute mehr denn je gebraucht wird und die „Alten“ auch bereit sind, sich in unserer Gesellschaft einzubringen und nicht nur auf das Ende eines langen Lebens zu warten. Über 40 Jahre gibt es in der GdP Baden-Württemberg bereits die organisierte Seniorenarbeit – und sie wird immer wichtiger: Schließlich weiß man aus allen demografischen Untersuchungen, dass die Generation der Seniorinnen und Senioren in unserem Land einen immer größeren Bevölkerungsteil ausmacht.

Fischer gab einen Rückblick über die Seniorenarbeit seit der letzten Konferenz im Jahre 2005 und ging auch detailliert auf die aktuelle politische Situation ein, in der die beschlossene Dienststreikreform einige Veränderungen brachte: So konnte es nicht verhindert werden, dass zukünftig die Angehörigen des Polizeivollzugsdienstes grundsätzlich erst nach dem 62. Lebensjahr in den Ruhestand eintreten können und es habe auch einige



Vorsitzender H. Werner Fischer bei seinem Geschäftsbericht vor den Delegierten.

Anstrengungen der GdP bedurft, dass das bisherige Übergangsgeld auch zukünftig weiter bezahlt wird. Skeptisch zeigte sich der Landesseniorenvorsitzende auch darin, ob nach der Landtagswahl 2011 – egal wer die politische Mehrheit bekäme – die Beihilfe in gleicher Höhe wie bisher bezahlt wird. Mit der nächsten Erhöhung der Versorgungsbezüge werde auch die „Abschmelzung“ von 75 Prozent des letzten Gehalts auf 71,75 Prozent abgeschlossen sein. Aber auch da, so Fischer weiter, könne man nicht sicher sein, ob dies das Ende der Abzüge bedeute.



Die Delegierten der Landesseniorenkonferenz bei der Arbeit; hier bei einer Abstimmung.

Eben gerade um die Bezahlung der Versorgungsbezüge für die Pensionäre ging es auch beim Hauptreferat des Tages, das der wissenschaftliche Mitarbeiter von Professor Raffelhüschen von der Universität Freiburg, Herr Tobias Benz, hielt. Sein Institut beschäftigt sich mit der Forschung über die sogenannten Generationenverträge und kommt zu dem Ergebnis, dass in den Jahren 2020 bis 2030 auch bei strengsten rechtlich noch zulässigen Kürzungen der Beamtenversorgung diese nicht mehr kostenneutral zu leisten sei, da man bis dorthin etwa 120 Milliarden Euro als Rücklage bräuchte, diese aber nicht gebildet worden sei. Bei den Zuhörern, unter denen sich auch der langjährige Landesseniorenvorsitzende und jetziges Ehrenmitglied Olaf Bong und der Bundesseniorenvorsitzende Anton Wiemers aus Nordrhein-Westfalen befanden, kamen keinerlei Zweifel auf, dass die aufgezeigte Entwicklung realistisch ist und eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellen wird.

Auf großes Interesse bei den Delegierten stieß auch der Vortrag des Kollegen Detlef Behnke, Pensionär der Kreisgruppe Akademie der Polizei. Dieser ging ausführlich auf das Projekt „Service Woh-

nen/Betreutes Wohnen“ der GdP ein. Er beschrieb als Landesbeauftragter für das Projekt das Ziel, in Baden-Württemberg ein Netzwerk von Kollegen/-innen aufzubauen, die mit Rat und Tat vor Ort den GdP-Mitgliedern beistehen sollen, wenn eines Tages eine Entscheidung über ein altersgerechtes Wohnen bis hin zur Unterbringung mit Pflege zu treffen ist.

Die durchzuführenden Wahlen betrafen die Delegierten für die nächste Bundesseniorenkonferenz 2014 und den fünfköpfigen Landesseniorenvorstand. Als Vorsitzender wurde H. Werner Fischer von der Kreisgruppe (KG) Freiburg – LPD – einstimmig im Amt bestätigt. Ebenfalls bestätigt wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Manfred Bohn von der KG Emmendingen und der bisherige Beisitzer Erwin Müller von der KG Freiburg – PD –. Neu gewählt als Schriftführer wurde der langjährige GdP-Landesschriftleiter und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes Wolfgang Schmidt von der KG Schwäbisch Gmünd. Diese Funktion war seit dem plötzlichen Tod von Peter Schmidt aus der KG Bruchsal im Jahre 2009 nicht mehr besetzt. Ausgeschieden ist der bisherige Beisitzer für Tarifangelegenheiten Roland Zöller von der KG Karlsruhe – LPD –. Er wurde vom Landesvorsitzen-



Der bisherige Beisitzer im Landesseniorenvorstand Roland Zöller (2. v. l.) wurde vom Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner (2. v. r.) und dem Landesseniorenvorsitzenden H. Werner Fischer (links) verabschiedet; rechts im Bild der Bundesseniorenvorsitzende Anton Wiemers.

den Rüdiger Seidenspinner und dem Landesseniorenvorsitzenden Werner Fischer mit herzlichem Dank verabschiedet und mit dem „GdP-Silberbarren“ geehrt. Nachfolgerin wurde Rita Seyfrid von der KG Karlsruhe – PP –.

Die zur Beratung eingereichten Anträge wurden alle einstimmig angenom-

PERSONENGRUPPENKONFERENZEN

men. Man war sich dabei einig, dass die Seniorinnen und Senioren, die sich im Ruhestand befinden, bei der anstehenden Runde zur Verbesserung der Tarif- und Gehaltsverbesserungen nicht leer ausgehen dürfen, sondern ebenso die Verbesserungen erhalten müssen. In einer einstimmig gefassten Resolution forderten die GdP-Senioren die Rückkehr zur Sonderaltersgrenze von 60 Jahren. Die Gründe, die zu solch einer früheren Pensionierung für Polizeivollzugsbeamte geführt haben, verlieren schließlich nicht deshalb ihre Berechtigung, weil die Poli-

tiker etwas anderes durchgesetzt haben. Einige Beschlüsse zielen auch darauf ab, dass in Politik und Gesellschaft die „Alten“ mehr Beachtung, Respekt und Mitsprachemöglichkeiten erfahren müssen. Bei uns, so der gewählte Vorsitzende Werner Fischer, könne man sich an der traditionell hohen Achtung der „Alten“ im asiatischen Raum durchaus ein Beispiel nehmen: Das japanische Sprichwort „Die größte Kulturleistung eines Volkes sind die zufriedenen Alten“ sollte auch hierzulande deutlich mehr Beachtung finden. *hwf*



Der neu gewählte Landes seniorenvorstand (v. l. n. r.): Manfred Bohn (stellvertretender Vorsitzender), H. Werner Fischer (Vorsitzender), Wolfgang Schmidt (Schriftführer), Rita Seyfried (Beisitzerin), Erwin Müller (Beisitzer)

AUS DEN KREISGRUPPEN

GdP-Kreisgruppe Zollernalb hält Rückblick

Meßstetten. Am Montag, dem 28. 2. 2011, ab 17 Uhr, fand in der Gaststätte „Soldatenheim“ in Meßstetten die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Zollernalb statt. Neben mehreren Ehrengästen waren etwa 50 Mitglieder der Einladung gefolgt.

Eingeladen waren, neben dem Landesvorsitzenden der GdP Baden-Württemberg, Rüdiger Seidenspinner, dem Landes seniorenbeauftragten Werner Fischer, auch die Landtagsabgeordneten MdL Pauli (CDU) und MdL Haller (SPD). Alle hatten ihr Kommen zugesichert. Leider konnte der Landtagsabgeordnete und Landrat Herr Pauli diese Zusage nicht einhalten und ließ sich, durch eine Ausschusssitzung verhindert, entschuldigen.

Daher konnte mit MdL Herr Haller, der, wie er ausdrücklich versicherte, die Einladung sehr gerne angenommen hatte, die politische Diskussion „nur“ einseitig geführt werden. Herr Haller vermittelte den teilnehmenden Polizeibeamten seine Meinung zu aktuellen Veränderungen und den sich daraus ergebenden Problemen wie allgemeiner Stellenabbau, hohe Altersstruktur, bevorstehende Pensionierungswelle u. v. m. in der Polizei. Hierbei stellte er dar, dass auch die SPD manche Entwicklungen, die die CDU-Landesregierung in den letzten Jahren zu Lasten der Polizei in die Wege geleitet hat (z. B. Verwaltungsreform), nicht mehr rückgängig machen könne.

Der Kreisgruppenvorsitzende Peter Heinzelmann ging in seinem Jahresbericht ausführlich auf die aktuellen Probleme innerhalb der Polizei ein. Diese ergeben sich durch politische Vorgaben, die meist von Sparzwängen geprägt sind und auch derzeit wieder zu Fehlentwicklungen und damit zu starken Problemen in den Strukturen der

Polizei führen. Hier hob Heinzelmann besonders die wiederholte Streichung von Vollzugsstellen hervor. So musste doch die PD Balingen erneut 15 Stellen abbauen.

Gleichzeitig werden Aufgabengebiete erweitert oder es kommen völlig neue hinzu, wie z. B. die Internetkriminalität u. a. Parallel steigt die Altersstruktur der Polizei immer weiter, was insbesondere im ländlichen Raum fatale Auswirkungen hat. Neu eingestellte bzw. ausgebildete Kollegen sind noch nicht im ländlichen Raum angekommen und wie zu befürchten ist, werden diese zunächst in den Ballungsräumen zum Einsatz kommen.

Hier ging die Bitte an MdL Herr Haller, von politischer Seite eine gerechte Verteilung neu ausgebildeter Polizeibeamter auch und insbesondere in den ländlichen Raum zu gewährleisten.

Weiter wurde bemängelt, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte inzwischen einen Rahmen eingenommen hat, der selbst im ländlichen Bereich weit über das erträgliche Maß hinausgeht. Hier wurde beispielsweise der Angriff auf Polizeibeamte in Balingen am vergangenen Samstag genannt, wobei mehrere Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt wurden. Heinzelmann betonte, dass die Belastung des einzelnen Beamten nunmehr über das hinausgehe, was einem Menschen zugemutet werden könne.

Hier wurde unbedingt die erforderliche Unterstützung von Seiten der Politik und der Justiz angemahnt, die häufig nicht erkennbar sei.

Seidenspinner stellte dar, dass auch die Medien, durch verrohende Gewaltdarstellungen oder sensationslüsterne Berichterstattungen, ihren Anteil zu gesellschaftlichen Fehlentwicklungen in Teilen der Be-

völkerung beigetragen hätten. Es sei ein nicht zu übersehender Werteverlust und des Respekts vor staatlichen Institutionen und damit auch gegenüber Polizeibeamten zu erkennen.

In seiner Rede ging Seidenspinner vor allem auf die Landtagswahlen und die, je nach Wahlausgang, entstehenden Zukunftsaussichten ein.

Anschließend wurden folgende sieben Kollegen durch Rüdiger Seidenspinner für ihre langjährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft geehrt:

- 25 Jahre: Holger Türk, Kurt Schwalb
- 40 Jahre: Hans-Peter Arnold, Karl-Otto Gerstenecker, Rainer Hapke, Johann Fritz und Johann Pfister.

Gegen 20.30 Uhr verabschiedete Vorsitzender Heinzelmann die Teilnehmer und beendete die Versammlung.

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim
»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch
Labor Dr. Gärtner
 Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



Quo vadis Beamte in Baden-Württemberg

Unter diesem Motto lud der DGB-Bereich Baden-Württemberg am 15. 3. 2011 Gewerkschafts- und Personalvertreter aus dem Beamtenbereich zu einer Diskussion mit Vertretern der Politik nach Stuttgart. Die GdP war mit drei Vertretern des Geschäftsführenden Landesvorstandes, dem Kontrollausschussvorsitzenden und zahlreichen Vertretern/-innen aus den Kreisgruppen sichtbar präsent.

In seiner Begrüßung ging der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf kurz auf die angeblich erdrückenden Landesfinanzen ein, die dazu erhalten müssten, dass in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Personal eingespart wird. Er forderte Haushaltskonsolidierung nicht nur durch Einsparungen sondern auch durch Mehreinnahmen, z. B. bei der Vermögenssteuer, eine Aufgabenkritik und insbesondere alters- und altersgerechte Arbeit unter dem Motto „Öffentlich ist wesentlich“. Er kritisierte die Beschneidung der Beteiligungsrechte im neuen LPVG und die „verordnete“ Besoldungsanhebung, die die Tarifautonomie schlichtweg aushebelt.

Im Anschluss hatten die Vertreter aus der Politik die Möglichkeit, ihr Programm für die kommende Legislaturperiode vorzustellen. Wieder einmal glänzte die CDU durch Abwesenheit, so dass Christian Bäumler, CDA-Vorsitzender und Mitglied im CDU-Landesvorstand, (einmal mehr)



Aufmerksame Zuhörer v. l.: Markus Kling, DGB, zuständig für Beamtenrecht, Hans-Jürgen Kirstein, GLV, Lothar Adolf, GLV, davor Hagen Kluck, MdL und Innenpolitischer Sprecher der FDP-Landesfraktion

diesen Part übernehmen musste. Dass sein Statement nicht ganz der offiziellen Linie der Regierungspartei entspricht, war schnell erkennbar, da er von einer Politik von unten nach oben und nicht nach „Gutsherrenart“ sprach, die Mitbestimmung der Arbeitnehmervertretungen hoch hielt und Sonderopfer für den Öffentlichen Dienst ausschloss.

In eine ähnliche Kerbe schlug der innenpolitische Sprecher und stv. Fraktionsvorsitzende Hagen Kluck (FDP), in dem er ein Bekenntnis zur Beamtenschaft und der derzeitigen Besoldungs- und Versorgungsstruktur abgab. Er verteidigte die veränderte Mitbestimmung aus dem DRRG als verwaltungsrechtlich notwendig, hob ebenfalls auf die angespannte Finanzsituation ab und verwies mit dem Spruch: „Kinder können auf einem Schuldenberg nicht spielen“ auf die Verantwortung für die Folgegeneration(en). Klaus Schmiedel, Fraktionsvorsitzender der SPD, stellte das „Funktionieren des Öffentlichen Dienstes“ voran und sagte zu, dass mit ihm keine hoheitlichen Aufgaben privatisiert und soweit schon geschehen, siehe Bewährungshilfe, wieder zurückgenommen werden. Seine Partei stehe für die Mitbestimmung und sehe in ihr „ein Pfund und keinen Hemmschuh“. Sie wolle eine dialogorientierte Politik auf Augenhöhe. Der Rechtspolitische

Sprecher der „Grünen“, Thomas Oelmayer, sieht Beamte zukünftig nur noch im „Hoheitlichen Bereich“ und kritisiert die Beschneidung der Mitbestimmung im LPVG, denn für ihn gelte: „Wer mitbestimmt, der denkt auch mit.“ Er kritisiert die für ihn nur vorgeschobene Beteiligung an der Entstehung des DRRG und fordert, den Öffentlichen Dienst auch zukünftig konkurrenzfähig zu gestalten. Durch harsche Kritik an den Regierungsparteien und markante Sprüche fiel der Landessprecher der Linken, Bernd Riexinger, auf. Er sieht den Öffentlichen Dienst als wichtigste Säule im Staat und spricht ihm stabilisierende Wirkung in Krisenzeiten zu. Mit dem Satz „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“ unterstreicht er

seine Forderung nach Investitionen in den Öffentlichen Dienst. Öffentlicher Dienst hat bedarfsorientiert und nicht wettbewerbsorientiert zu erfolgen. Gegenfinanzieren will er die Mehrkosten durch eine Steuergerechtigkeit. Es könne nicht sein, dass jeder Hundebesitzer in Stuttgart in den letzten zehn Jahren mehr Steuern bezahlt habe als Daimler“. In der anschließenden Frageunde waren sich alle Parteien einig, dass Lehrer zukünftig nicht mehr zwingend beamtet sein müssen, dass aber angestellte Lehrer gleich behandelt werden müssen. Uneins dagegen waren sich Regierungs- und Oppositionsparteien bei dem Thema „Vorgriffstundenmodell“. Während CDU und FDP darin ein notwendiges Einsparpotenzial sehen, um in anderen Bereichen, z. B. der Beihilfe, nicht sparen zu müssen, sehen die Vertreter der Oppositionsparteien darin eine Verschleierung einer fehlgeschlagenen Personalpolitik, sprich Stelleneinsparung. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Thema (Über-)Belastung der Polizei durch Großeinsätze und Überstundenberg sowie Sonderaltersgrenzen für Feuerwehr und Vollzug. Während insbesondere die SPD eine deutliche Erweiterung des Einstellungskorridors in Aussicht stellte, sieht MdL Hagen Kluck die Lösung darin, in den nächsten Jahren keinen NATO-Gipfel mehr in Baden-Württemberg durchzuführen.

Abschließend zog die stv. Landesvorsitzende des DGB, Marion von Wartenberg, ein durchaus positives Resümee aus dieser Veranstaltung – sei sie doch eine Art weiterer „Wahlprüfstein“ – und schloss mit dem Aufruf: „Ihr habt jetzt die Wahl“. **LAd**



Die Talkrunde v. l.: Hagen Kluck, stellv. Fraktionsvorsitzender der FDP und Innenpolitischer Sprecher, Thomas Oelmayer, MdL und rechtspolitischer Sprecher, Klaus Schmiedel, Fraktionsvorsitzender der SPD, Thomas Durchdenwald, Moderator von der Stuttgarter Zeitung, Marion v. Wartenberg, stellv. DGB-Vorsitzende, Christian Bäumler, CDA-Vorsitzender und Mitglied im CDU-Landesvorstand, nicht mehr auf dem Bild Bernd Riexinger, Landessprecher der Linken



WICHTIGE INFORMATIONEN**GdP-Phone 2.0**

Zum 31. März ist der Vertrag mit E-Plus ausgelaufen und die SIM-Karten vom Phone 1.0 wurden vom Netz genommen, deaktiviert und es kann damit nicht mehr telefoniert werden. Bereits ab dem 14. März waren die Rufnummern der Dienststellen nicht mehr kostenfrei erreichbar.

Unsere Mitglieder, welche das Phone 1.0 genutzt haben, sind bereits vor Weihnachten alle angeschrieben und auf den Nachfolger – das GdP-Phone 2.0 – hingewiesen worden.

Alle Phone-1.0-Nutzer können kostenfrei – auch die genutzten Partnerkarten – auf das Phone 2.0 wechseln.

Vor einiger Zeit wurden die Mitglieder, die das Phone 2.0 noch nicht beantragt haben, nochmals angeschrieben.

Wer bis heute kein Schreiben erhalten hat, sollte sich schnell bei der GdP-Phone-Hotline unter 03 52 04/6 87 55 oder 6 87 14 melden oder eine Mail mit Angabe von Namen, Anschrift und Mitgliedsnummer an info@psw-service.de schicken und seine Bestellunterlagen anfordern. Die Phone-Hotline ist in der Zeit von Mo. – Fr. von 9–17 Uhr erreichbar.

Wer bisher das Phone 1.0 nicht genutzt hat, jetzt aber das Phone 2.0 beantragen möchte, der muss nur das entsprechende Bestellformular ausfüllen und absenden, bekommt dann eine Phone-2.0-SIM-Karte zugesandt (Kosten hier einmalig 10 Euro, für eine Partnerkarte einmalig 5 Euro). Bestellformulare sind auf unserer Homepage www.gdp-bw.de im Mitgliederbereich unter GdP-Phone 2.0 eingestellt. **Bu**

AUS DEN KREISGRUPPEN

dass der Ausblick für 2011 ähnlich wäre. Weiter berichtet Kircher, dass es 2010 PR-Wahlen gab, bei denen die GdP überaus erfolgreich abgeschlossen hätte. Die KG Böblingen habe es geschafft, zwei ihrer Mitglieder in den BPR zu bringen, er selber sei Ersatzmitglied im HPR. In seinem weiteren Bericht prangerte er die teilweise katastrophale Unterbringung von Polizeibeschäftigten bei den Polizeiposten Rutesheim und Gärtringen an. Er bat die Parteienvertreter um Mithilfe in dieser Angelegenheit. Der Kassierer Frank Hinner gab seinen Bericht ab, ebenso der Kassenprüfer Klaus Feuersänger. Da nichts zu beanstanden war, wurden Vorstand und Kassierer entlastet. Nach Bestellung eines Wahlvorstandes wurden der Vorstand neu gewählt. W. Kircher wurde als Vorsitzender wiedergewählt, ebenso Jürgen Kirner als Stellvertreter, Frank Hinner als Kassierer und Armin Roth als Schriftführer. Neu gewählt wurden Kerstin Tzortzakis als stellvertretende Vorsitzende, Josef Grammetbauer als Beisitzer Senioren und Türkan Karakus als Kassenprüferin. Die übrigen Beisitzer wurden bestätigt, alle nahmen die Wahl an.

Im Anschluss wurden Ehrungen für 25- und 40-jährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft vorgenommen. Für 25 Jahre erhielten den GdP-Stern in Gold: Klaus Feuersänger, Ingo Hofmann, Uwe Klingler, für 40 Jahre mit dem großen GdP-Stern in Gold wurden geehrt: Dieter Kempe, Gerd Schmidtblaicher, Josef Grammetbauer, Berthold Serr. Für besondere Verdienste und langjährige gewerkschaftliche Arbeit wurden Heinz Bix und Werner Maucher geehrt.

Rüdiger Seidenspinner führte in seinem Bericht sogleich an, dass mit der GdP die 42-Stunden-Woche nicht zu machen sei. Er griff weitere Stichpunkte auf, die während der Veranstaltung gefallen waren. Unter anderem prangerte er an, dass die EU-Vorgabe zur Arbeitszeit seit nunmehr fünf Jahren im Land nur teilweise umgesetzt sei. Auch seien die 800 Neueinstellungen bei der Polizei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Altersdurchschnitt in BW belaste die Polizei bei einer zeitgleichen Stellenstreichung immens. Die von der Landesregierung angekündigte 2%ige Gehaltserhöhung zum 1. 4. 2011 für die Polizei sieht er mit gemischten Gefühlen. Zum Schluss bedauerte er das Ergebnis des Untersuchungsausschusses zu S21. In den Köpfen der Bürger blieben letztendlich die Einsatzbilder der Polizei vom 30. 9. 2010 haften.

Im Anschluss an diese Rede wurde noch rege diskutiert.

AUS DEN KREISGRUPPEN**Jahreshauptversammlung bei der Polizeidirektion Böblingen**

Der Wolfgang-Brumme-Saal in der Polizeidirektion Böblingen war ordentlich gefüllt, als der Kreisgruppenvorsitzende Wolfgang Kircher die Jahreshauptversammlung eröffnete. Neben den zahlreichen Mitgliedern, die den Weg zur Polizeidirektion gefunden hatten, begrüßte er die Parteienvertreter von CDU, Paul Nemeth, MdL, und Sabine Kurtz, MdL, Heiderose Berroth, finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion und den FDP-Landtagskandidaten Dr. Jan Rittaler, von der SPD den Abgeordneten Dr. Tobias Brenner und den Landtagskandidaten Florian Wahl und von den Grünen den Landtagskandidaten Roger Hahn, den stellvertretenden Direktionsleiter, PD Horst Failenschmid, einzelne OE-Leiter der PD Böblingen und Vertreter der örtlichen Presse. Besonders begrüßte er den Landesvorsitzenden der GdP Baden-Württemberg, Rüdiger Seidenspinner. Seinem Grußwort schlossen sich der stellvertretende PD-Leiter, der sich über eine rege Diskussionsrunde während der JHV freute, sowie die Parteienvertreter an. Alle Redner dankten der Polizei für ihre hervorragende Arbeit. Wolfgang Kircher brachte in seinem Bericht zum Ausdruck, dass hinter uns ein schwieriges und ereignisreiches Jahr lag und

Anzeige

 **praxisdambacher**

Psychotherapie für Erwachsene,
Kinder und Jugendliche

Schwerpunkte Ängste, Depression, Suchterkrankungen
Coaching bei unverarbeiteten Erlebnissen am Arbeitsplatz,
Burn Out, Mobbing

Praxis in der Innenstadt von Karlsruhe

Tel. 07 21/ 46 71 91 39

mail@praxisdambacher.info, www.praxisdambacher.info



Die GdP gratuliert herzlich

zur Beförderung zum/zur

Oberstudienrat

Bepo-Lahr: Udo Krischke.

Erster Polizeihauptkommissar

Bepo-Göppingen: Klaus Urban. Freudenstadt: Werner Gauss. Pforzheim: Rüdiger Petri. Rems-Murr-Kreis: Klaus Hinderer.

Erster Kriminalhauptkommissar

Karlsruhe RP: Uwe Herzel. Landeskriminalamt: Roland Nagel.

Kriminalhauptkommissar A 12

Karlsruhe PP: Friedbert Schneider. Pforzheim: Detlev Albrecht.

Polizeihauptkommissar A 12

Bepo-Göppingen: Ulrich Stettner. Freiburg PD: Rainer Wehrle. Freiburg LPD: Andreas Spahr. Karlsruhe RP: Axel Büchner. Pforzheim: Franz Bitto. Reutlingen: Tobias Schmidt. Sigmaringen: Jürgen Bohm.

Polizeihauptkommissar/-in

Böblingen PD: Simone Stieb. Karlsruhe PP: Alexander Brecht, Alexander Fehse. Ludwigsburg: Thomas Staller, Siegfried Majer. Pforzheim: Manfred Karpstein. Stuttgart PP: Frank Faras, Swen Schober.

Kriminalhauptkommissar

Pforzheim: Patric Schäfer.

Polizeioberkommissar/-in

Esslingen: Katrin Berger, Joachim Brunner, Steffen Groß, Markus Kotschner. Karlsruhe PP: Pamela Pott. Ludwigsburg: Nadine Friedl. Mannheim: Thomas Mohr. Mosbach: Jens Heiler. Pforzheim: Helmut Decker, Michael Geisel. Reutlingen: Oliver Veit. Stuttgart PP: Dietmar Palocz. Zollernalbkreis: Rainer Luippold.

Kriminaloberkommissar

Mannheim: Volker Emmert.

Polizeikommissar

Stuttgart RP: Uwe Bösel.

Polizeihauptmeister mit Zulage

Emmendingen: Willi Ernst. Schwäbisch Hall: Alwin Wenzel.

Polizeihauptmeister/-in

Bepo-Göppingen: Daniel Kurfiß. Bodenseekreis: Martin Bartsch. Esslingen: Bernd Ziegler. Göppingen PD: Peter Henle. Ludwigsburg: Ilona Gerstung, Michael Selg. Mannheim: Marco Botz, Ralf Wagner. Rems-Murr-Kreis: Alexandra Dümmel, Antje Daberger.

Polizeiobermeister

Ludwigsburg: Pascal Kircher.

Es traten in den Ruhestand

Bepo-Bruchsal: Bertold Weber. Biberach PD: Paul Rieger. Freudenstadt: Robert Trautwein. Heilbronn: Harald Hitzler. Main-Tauber-Kreis: Paul Rietz. Mannheim: Hanspeter Zahnleiter, Klaus Lutze. Pforzheim: Rainer Müller. Rastatt/Baden-Baden: Werner Pfeifer.

Zusammengestellt v. A. Burckhardt



GdP-Phone 2.0

- KEINE GRUNDGEBÜHR
- KEIN MINDESTUMSATZ
- KEINE MINDESTVERTRAGSLAUFEIT
- Kostenlose Flatrate ins deutsche Festnetz
- Alle Gespräche im GdP-Netz und zu allen Partnerkarten kostenfrei
- Mit dem GdP-Phone ist man von allen Netzen erreichbar
- Mit dem GdP-Phone telefonierst Du im Vodafone-Netz
- Partnerkarten zum unbegrenzten, kostenfreien telefonieren mit der ganzen Familie.
- Weitere zubuchbare Optionen wie SMS-Flat oder Internetflat zu günstigen Preisen möglich.

Nicht lange überlegen:

Fordere schnell deine SIM-Karte an und nutze dieses unschlagbare Angebot.
GdP-Phone-Hotline: 035204/68755 (Mo-Fr 09-17 Uhr)



Es ist wieder soweit!

Auf geht's zur



18. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit GdP-JUNGE GRUPPE

Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.



Wann: In der ersten Woche der Sommerferien vom Sa. 30.07. – 06.08.2011

Wo: Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

Preis: Mitglieder 160 € / Nichtmitglieder 210 €

Im Preis enthalten:
1 Woche Vollpension mit Programm, Ausflüge, 1 T-Shirt,
1 Bilder-CD (wird nach der Freizeit Kind übersandt) und vieles mehr

Anmeldeunterlagen anfordern über die
GdP-Service GmbH oder info@gdp-service.com
Tel. 07042 / 879-0

Informationen zur Jugendfreizeit: Melanie.Nehls@polizei.bwl.de

